

www.noen.at

05.09.2012 - 00:00 Uhr

Kein Recht auf Schutz?

VON OTTO SIBERA

ST. ANDRÄ-WÖRDERN / „Tatsache ist, dass sämtliche Brücken im Ortsgebiet von St. Andrä Wördern dem Durchfluss eines 100-jährigen Hochwassers nicht standhalten können. Insbesondere die ÖBB-Brücke stellt ein gefährliches Nadelöhr dar. Dies belegt auch die 'Hagenbach-Studie', die der Gemeinde seit geraumer Zeit vorliegt" ist Grün-Gemeinderätin Ulrike Fischer verärgert.



„Es ist ein einziges Schlamassel und wir wollten wissen, wer dafür verantwortlich ist und was die Behörden zu tun gedenken, um für die rund 1.000 Anrainer des Hagenbachs Hochwassersicherheit zu schaffen" begründet Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum eine Anfrageserie an die zuständigen Regierungspolitiker: „Die Antworten waren ernüchternd. Für einen drei km langen Bach sind drei Behörden zuständig. Für die Sicherheit der AnrainerInnen fühlt sich keine der Behörden verantwortlich.“

Der für Raumordnung zuständige Landesrat Wilfing fühlt sich für Altlasten nicht zuständig. Umweltministerin Berlakovich meint, dass die Bevölkerung an sich kein Recht auf Hochwasserschutz hat und Verkehrsministerin Bures schiebt die Verantwortung für die Nadelöhr-ÖBB-Brücke aufs Land ab. Das Land und der Rechnungshof sehen das wiederum anders. „Dieses Chaos hat System und bewirkt, dass letztlich die Gemeinde übrig bleibt. Die hat aber weder die personellen, noch die finanziellen Mittel, um ein sinnvolles Projekt allein umzusetzen.“

Kerschbaum befürchtet, dass, wenn überhaupt, die Minimalvariante eines Rückhaltebeckens in der Hagenbachklamm umgesetzt wird. „Alte Raumordnungspläne müssen auf die Veränderungen aufgrund des Klimawandels untersucht werden“, fordert sie. Bundes- und Landesförderungen sind knapp, doch auch das Nichtstun kostet Geld, weil Hochwasserschäden nicht rechtzeitig vermieden werden.

Grün-Gemeinderat Norbert Bregl, befasst sich seit Jahren mit diesem Thema: „Menschen, die sich neben dem Bach angesiedelt haben, wurden erst von ihrer Versicherung darauf aufmerksam gemacht, dass ihr Haus in der roten Zone steht. Bis heute hat die Gemeinde die existierenden Gefahrenzonenpläne nicht veröffentlicht. Auch die Hochwässer 1997 und 2002 haben Bürgermeister Stachelberger nicht wach gerüttelt. Die Hagenbachstudie, ist laut Anfragebeantwortungen noch nicht mal an die zuständigen Ministerien ergangen.“

Geschäftsführende Gemeinderätin Ulli Fischer, Gemeinderat Norbert Bregel und Bundesrätin Elisabeth Kerschbaum, fordern mehr Transparenz. SIBERA

Quelle:NÖN

Artikel: /lokales/noe-uebersicht/tulln/aktuell/Kein-Recht-auf-Schutz;art2433,411395